

sie in der Mehrzahl aus Zentralpolen stammte. Stanisław Ciesielski führt vor, vor welchem Hintergrund sich die Straffpolitik der UdSSR in den Jahren 1947 und 1948 verschärfte. Die Diskussion um die Änderung des Breslauer Stadtwappens 1948 als Teil der Propaganda von der „ewigen Polonität Schlesiens“ und ihre politische Verwirklichung stellt Rościszlaw Zerelek dar. Jerzy Maroń trägt zusammen, wie die Führung der polnischen Volksarmee in Erinnerungsliteratur dargestellt wurde (bis 1968). Mangels klarer Fragestellung oder inhaltlicher Einbettung lässt er den Leser mit dem sich ergebenden „paradoxen Bild“ (S. 225) leider allein. Jakub Tyszkiewicz richtet seinen Blick auf das wenig bekannte Feld der polnischen Diplomatie in Laos und zeigt am Beispiel der Auseinandersetzungen um den polnischen Vertreter der Internationalen Kontrollkommission (1961-1963) die Unterordnung der polnischen Diplomatie unter Moskauer Weisungen. Der Band schließt mit Überlegungen von Małgorzata und Krzysztof Ruchniiewicz zum Zweiten Weltkrieg in der polnischen und der deutschen Erinnerungskultur, der vor dem Hintergrund von privater Erinnerung und Erinnerungspolitik des polnischen Staates und der beiden deutschen Staaten das Aufflammen von Empfindlichkeiten in den letzten Jahren erklärt.

Einen inhaltlichen Zusammenhang kann ein so konzipierter Band naturgemäß nicht aufweisen. Er bietet aber einen schönen Überblick über die Vielfalt der durch Zbigniew Fras inspirierten und angestoßenen Forschungen. Zu fragen ist allerdings, ob 19 Beiträge auf 250 Seiten nicht zu viel sind. Eine geringere Zahl hätte dem ein oder anderen Beitrag mehr Tiefe ermöglicht und dem Band fraglos gutgetan.

Berlin – Halle/Saale

Alexandra Schweiger

**350-lecie Unii Hadziackiej (1658-2008).** [350 Jahre Union von Hadziacz (1658-2008).] Hrsg. von Teresa Chynczewska-Hennel, Piotr Kroll und Mirosław Nagielski. Wydawnictwo DiG. Warszawa 2008. 719 S.

Der stattliche Band tritt an, den Status der Union von Hadjač (poln. Hadziacz) als einer schlichten Marginalie in Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Ukraine, aber auch Polens, zu korrigieren. Auch wenn die Konjektur der beiden Herausgeber Teresa Chynczewska-Hennel und Piotr Nagielski, die Union aus dem Jahr 1658 stecke auch noch in der politischen Verbindung zwischen Piłsudski und Petljura zu Beginn des 19. Jh.s und könne gar eine Brücke zu dem Beitrittsbestreben der Ukraine in NATO und EU in der Gegenwart bilden (S. 11), allzu schwungvoll erscheint, dürfte gegen eine Bedeutungsvermehrung in der Einschätzung des historischen Ereignisses nichts einzuwenden sein. Der Pilotartikel von Pernal (S. 43 ff.) macht dies deutlich: Es geht bei der Union von Hadjač um nicht mehr und nicht weniger als den „Wiedereintritt“ (*re-entry*) der Ukraine in den Bestand der polnischen Adelsrepublik; dies allerdings unter gewandelten Bedingungen, worunter in erster Linie die wenige Jahre zuvor, im Vertrag von Perejaslav (1654), festgeschriebene Anbindung des Hetmanats an das Moskauer Reich zu sehen ist. Allein schon diese Kehrtwendung unter Chmel'nyč'kyjs Nachfolger Vyhovskij nimmt sich merkwürdig genug aus, und die Konstruktion einer gleichberechtigten Vereinigung von drei statt zwei „Nationen“ (also nicht nur Polen und Litauern, sondern auch Rutheniern) im Rahmen der Rzeczpospolita läßt tatsächlich zur Spekulation darüber ein, was gewesen wäre, hätte sich das Schicksal des ukrainischen Staatswesens in Gestalt der Palatinate Kiev, Braclav und Černihiv nicht mit Russland, sondern mit Polen verknüpft (das ja die spätere Westukraine bereits besaß).

Nun ist der Weg von der Marginalie zur Einstufung als „diplomatische Illusion“ (deren es in jener Zeit mehr gab; man sehe nur auf das Bündnis zwischen Kosaken und Siebenbürgen, vgl. Sándor, S. 507 ff.) nicht weit – was den Blick auf tiefer gehende Schichten dieses versuchten politischen Partnerwechsels lenkt. Der Verweis Pernal's auf die Union von Lublin 1569 und auf die Union von Brest 1596 ebnet den Weg für ein Verständnis des Sachverhalts aus den inneren Regulierungsansätzen des Commonwealth

heraus; genauso hilfreich ist dazu die Erinnerung daran, dass der in Hadjač ausgehandelte Vertrag auch vorsah, im künftigen triunierten Staat der orthodoxen Kirche denselben Rang einzuräumen wie der lateinischen – und die unierte Kirche allmählich zum Verschwinden zu bringen. Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, dass die „Rückkehr“ der Ukraine nach Polen, wäre sie politisch umgesetzt worden, eine eigene, neue Dynamik in dem ohnehin nur schwer auszubalancierenden inneren Gefüge der „Republik vieler Völker und Konfessionen“ entfesselt hätte. Abgesehen also davon, dass die Unionsidee in einem gewissen Teil zweifellos weitsichtig war und eine bedeutende politische Leistung ihrer Zeit darstellt (S. 50), wird man sich fragen müssen, auf welchen sozialen, ökonomischen, konfessionellen, aber auch außenpolitischen Fundamenten sie ruhte und welche Parameter sich mit ihrer Realisierung verändert hätten.

Der Band wird dieser Aufgabe, nicht so sehr das Vertragswerk an sich, sondern seine Rahmenbedingungen und die Faktoren einer *longue durée* zu beleuchten, vorbildlich gerecht. In sechs Rubriken („Idee – Recht – Politik“, „Religion“, „Kultur – Bildung“, „Militärgeschichte“, „Internationale Bedingungen“, „Nach der Union – Konsequenzen, Historiographie, Gegenwart“) werden jeweils zahlreiche Aspekte der wichtigsten Kontexte behandelt. Der Stand der Bearbeitung ist durchgängig hoch; die allermeisten Artikel sind sehr quellennah gearbeitet, und nicht wenige vermögen durch die Heranziehung archivalischer Quellen oder gar durch vereinzelte Editionen die Quellenbasis zu erweitern. Glücklicherweise erscheint auch die internationale Besetzung der Autorenschaft; neben polnischen und ukrainischen Historikern stehen russische, litauische, englische, ungarische und italienische Kollegen. Hätten sich die Hrsg. entschlossen, dem voluminösen Band die nötigen Register beizugeben, könnte man von einer Art Handbuch sprechen. So dürfte die Rezeption darunter leiden, dass nicht nur diese Erschließungsmöglichkeit fehlt, sondern auch keine Zusammenfassungen in westlichen Sprachen geboten werden; bei Beiträgen hauptsächlich in polnischer, ukrainischer und russischer Sprache eine folgenschwere Entscheidung.

Seinen Anspruch, die Union von Hadjač ihrer Schattenexistenz zu entreißen, löst der Band mehrfach ein. Über die Behandlung von Detailproblemen hinaus werden eine ganze Reihe neuer Fragen und Thesen aufgeworfen, deren Verfolgung auf übergreifende Zusammenhänge zielt. Dazu zählt beispielsweise die Beobachtung, dass sich nach dem großen Aufstand der Kosaken unter Chmel'nyč'kyj 1648 eine ethnische Ausdifferenzierung ereignet hat, die in einer Abwanderung der orthodoxen Bevölkerung aus Polen in Richtung Russland bestand (vgl. Tazbir, S. 34, und Kuczyńska, S. 597 ff.). Zu den Langzeitfolgen in diesem Bereich gehört auch, dass die kosakische Elite selbst fest an die orthodoxe Geistigkeit gebunden wurde (vgl. Mironowicz, S. 201). Eng damit verkoppelt ist die weitere Geschichte der unierten Kirche: Sie verlor auf die Dauer, so Nosilia (S. 259), die Fähigkeit, ihr Geschick selbst zu bestimmen. Was Politik und Verfassung im engeren Sinn angeht, einschließlich der für die polnische Adelsrepublik notorischen Problematik der Polyethnizität, so lassen sich gerade für die Phase der Union von Hadjač wegweisende Richtungsentscheidungen ausmachen – auch wenn hier eine Intentionalität sicher nicht angenommen werden darf. Bezeichnend dafür ist, dass der intellektuelle Diskurs hinsichtlich einer mythologischen Verwandtschaft *für* eine prätendierte Bruderschaft von Russen und Ukrainern und *gegen* eine solche von Polen und Ukrainern entschieden wurde (vgl. Karnachov, S. 397). Immerhin hätte der Rückbezug auf den gemeinsamen Nenner der Sarmaten auch letzteres Konstrukt erlaubt – weswegen die von Norman Davies eingeleitete (und mit dem Querverweis auf Großbritannien beantwortete) Suche nach Vergleichsmöglichkeiten zu einer potentiellen Union zwischen Polen, Litauern und Ruthenen durchaus produktiv ist; das von Łopatecki (S. 639 ff.) in diesem Sinn vorgebrachte Plädoyer führt weit über Hadjač hinaus auf den Aggregatzustand der *Rzeczpospolita* in der gesamten Frühen Neuzeit.

So verbindet die zahlreichen Einzelstudien schließlich noch ein letztes Band: „dichte Beschreibung“ zu sein von einer ungewöhnlich wandlungsreichen Phase der polnischen

und ukrainischen Geschichte in der Mitte des 17. Jh.s. Man wird es sich in Zukunft nicht mehr so leicht machen können, nur von einer entweder polnischen oder russischen Alternative für die Entwicklung des Hetmanats zu sprechen; vielmehr hat es den Anschein, als habe es unter der Oberfläche der einfachen Dichotomien immer auch – und noch lange Zeit – eine ganze Reihe an ganz unterschiedlichen kleinteiligen Alternativen und wechselseitigen Beeinflussungen zwischen Polen, Russland, der Ukraine und den jeweiligen auswärtigen Koalitionen samt ihren Reflexen (bis nach Spanien; vgl. Skowron, S. 487ff.) gegeben. Produkt dessen ist ein östlicher Teil Ostmitteleuropas, für dessen weitere Erforschung der hier vorgestellte Band weitere Anreize setzt.

Passau

Thomas Wunsch

**Alison Fleig Frank: Oil Empire.** Visions of Prosperity in Austrian Galicia. (Harvard Historical Studies, Bd. 149.) Harvard University Press. Cambridge 2005. XX, 343 S., Kte. (€ 21,20.)

In Galizien, das im 19. Jh. zu den ärmsten Regionen Mitteleuropas gehörte und kaum von den zeitgenössischen Industrialisierungsprozessen erfasst wurde, lag zugleich einer der Ursprünge der modernen Erdölindustrie. Die Bedeutung der galizischen Erdölwirtschaft, die am Ende des 19. und am Anfang des 20. Jh.s unter Schlagworten wie „galizisches Eldorado“ oder „galizisches Kalifornien“ die Phantasie von Investoren und der europäischen Öffentlichkeit beschäftigte, verschwand dann aber mit der Auflösung der Habsburgermonarchie schnell, da die Lagerstätten erschöpft waren, während in anderen Teilen der Welt, insbesondere in den USA, die Produktion in die Höhe schnellte. Die „Visionen der Prosperität“, die mit dem galizischen Erdöl verbunden gewesen waren, hatten sich nicht verwirklicht.

Diese Geschichte der galizischen Erdölwirtschaft, die sich vor allem um die Stadt Boryslaw (ukr. Boryslav) konzentrierte, erzählt Alison Fleig Frank in ihrer farbig geschriebenen Studie. Anders als die meisten anderen Bodenschätze unterlagen Erdwachs und Erdöl, die bis in die zweite Hälfte des 19. Jh.s ökonomisch nur von marginaler Bedeutung waren, in Österreich nicht dem kaiserlichen Bergregal. Die weitgehend fehlende rechtliche Regulierung der Suche und Förderung dieses Rohstoffs führte dazu, dass sich bis ins letzte Viertel des 19. Jh.s kaum größere, industrielle Förder- und Verarbeitungsformen entwickeln konnten. Meist wurden kleine, nicht selten nur wenige Dutzend Quadratmeter umfassende Parzellen von den Landbesitzern an Erdölsucher verpachtet. Sobald an einer Stelle Öl gefunden worden war und die Förderung begonnen hatte, stürzten sich andere Sucher auf die umliegenden Parzellen, so dass Vorkommen häufig von verschiedenen Stellen angezapft wurden und jeder Förderer innerhalb möglichst kurzer Zeit eine möglichst große Ausbeute erzielen wollte.

Ein vom galizischen Landtag Anfang der 1870er Jahre beschlossenes Gesetz führte hier eine gewisse Regulierung ein, die günstigere Bedingungen für die Tätigkeit größerer Unternehmen schuf. In Verbindung mit neuen Techniken, insbesondere Bohrtechniken, die z.T. aus Nordamerika eingeführt wurden, hatte dies zur Folge, dass nun auch größere Unternehmen entstanden und es zu einer gewissen, allerdings weiterhin nur partiellen Verdrängung kleinerer Produzenten kam. Die Vf.in skizziert hier die Rolle der Unternehmer Stanisław Szczepanowski und William Henry MacGarvey. Szczepanowski, der ursprünglich aus Posen stammte, hatte lange Jahre in England gelebt, bevor er sich seit Anfang der 1880er Jahre in der galizischen Erdölwirtschaft engagierte, in der er schnell durch neue Explorationstechniken und wohl auch durch eine gehörige Portion Glück zu Reichtum kam. Szczepanowski verstand seine wirtschaftliche Tätigkeit in einem polnischen patriotischen Kontext als „organische Arbeit“ und engagierte sich bald auch politisch und publizistisch gegen die galizischen Konservativen für ein energischeres Programm ökonomischer Entwicklung. Sein Bankrott im Jahr 1900 zeigte aber zugleich auch die fortbestehenden großen Risiken der galizischen Erdölwirtschaft. Dem zweiten